



Rede anlässlich des Gedenkens an die Malchower Werwolf-Tragödie am 5. Juli 2024

Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die
Aufarbeitung der SED-Diktatur Burkhard Bley

Sehr geehrter Herr Prüber,
zuerst möchte ich Sie als Zeitzeugen begrüßen, es ist uns eine große Ehre, dass
Sie trotz Ihres hohen Alters unsere Gedenkveranstaltung bereichern,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Putzar, vielen Dank für die freundliche
Einladung,
sehr geehrte Frau Vizepräsidentin des Landtags Mecklenburg-Vorpommern
Schmidt,
sehr geehrter Herr Vizepräsident des Kreistags Kurt,
sehr geehrter Herr Stellvertreter des Landrats Herr Fritz,
liebe Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der
Folgen der kommunistischen Diktatur,
sehr geehrte stellvertretende Bundesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des
Stalinismus, liebe Frau Krüger,
sehr geehrte Frau Krägel, Mitglied des Bundesvorstands der UOKG,
sehr geehrter Herr Klaus, Vorstandsmitglied der AG Lager Sachsenhausen
1945-1950 e.V.,
sehr geehrter Herr Oberstleutnant Deckenbach,
liebe Familie Vau,
sehr geehrte Angehörige und Familien,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Malchowerinnen und Malchower,

vor 10 Jahren, genau am 4. Juli 2014, habe ich meine hochgeschätzte
Vorgängerin die Landesbeauftragte (damals noch für die Stasi-Unterlagen) Anne
Drescher hier mit einem Grußwort vertreten dürfen. Am 30.09.1995 hatte das
erste Treffen des „Malchower Freundeskreises der Werwolf-Betroffenen“
stattgefunden.

Heute versammeln wir uns zur 26. Gedenkveranstaltung für die jugendlichen
Opfer der Malchower Werwolf-Tragödie 1945/1946 und weiterer jugendlicher
Opfer aus M-V.

Seit 2005 waren die Landesbeauftragten regelmäßige Teilnehmer der
mehrtägigen Jahrestreffen in Malchow, auf dem der damalige
Landesbeauftragte Jörn Mothes eine Gedenkrede hielt. Im letzten Jahr nahm
Frau Drescher als scheidende Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern

für die Aufarbeitung der SED-Diktatur am 7. Juli 2023 mit ihrer Rede zum Gedenken in Malchow einen ihrer letzten öffentlichen Termine wahr.

Über die Jahre gab es Wechsel bei den Initiatoren und Organisatoren, ich nenne hier Hermann Grothe und Detlev Putzar, die leider schon verstorben sind, und zuletzt Horst Vau. Dass sich die Stadt Malchow für das Gedenken verantwortlich fühlt und die Federführung übernommen hat, dafür bin der Stadt und Ihnen Herr Putzar als Bürgermeister sehr dankbar.

Denn uns als Beauftragtenbehörde ist das Gedenken an die Jugendlichen sehr wichtig, die nicht nur in Malchow, sondern in Mecklenburg, in der ganzen Sowjetischen Besatzungszone als angebliche Mitglieder der NS-Organisation Werwolf unschuldig verfolgt wurden, so viel Leid und Unrecht erdulden mussten und von denen viele nicht überlebt haben.

Die Repression der frühen Jahre in der SBZ und der DDR, das von der sowjetischen Besatzungsmacht mit ihren deutschen Helfern verübte Unrecht sind immer ein Schwerpunkt in der Arbeit unserer Behörde gewesen. Frau Drescher berichtete davon, dass in der Beratung in den 1990er Jahren zuerst die Menschen kamen, die von Sowjetischen Militärtribunalen zu Haft im Arbeitslager von 10, 15 oder sogar 25 Jahren verurteilt und ins Gulag deportiert oder die ohne Urteil in den sowjetischen Speziallagern interniert wurden.

Es meldeten sich aber auch viele Menschen, deren Angehörige, deren Väter und Mütter, deren Söhne und Töchter, verschwunden blieben. Schicksale, die erst nach 1990 geklärt werden konnten, über die erst nach 1990 gesprochen werden konnte und durfte: dass diese Menschen unter den unmenschlichen Umständen in den Lagern umgekommen sind oder zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Nach Zahlen der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten sind von 1945 bis 1955 über 35.000 deutsche Zivilisten von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden. Fast 3.500 Todesurteile wurden vollstreckt. Mehr als 13.000 Rehabilitierungen der Russischen Militärhauptstaatsanwaltschaft sind bekannt geworden, mit denen Urteile der Sowjetischen Militärtribunale als Unrecht aufgehoben wurden.

Auf der Grundlage einer solchen Rehabilitierung konnten Betroffene in Verbindung mit einer Bescheinigung nach dem Häftlingshilfegesetz nach 1990 dann auch Leistungen wie anerkannte politische Häftlinge der DDR erhalten.

Es brauchte nicht viel, um in das Visier der sowjetischen Behörden zu geraten: eine unbedachte Äußerung, eine Denunziation, das Aufbewahren von verbotenen Schriften oder auch von Waffen, vermeintlicher oder tatsächlicher Widerstand. Fehlende Beweise waren für die Ermittlungen des NKWD, also der sowjetischen Geheimpolizei, kein Hindernis. Es wurden unter Folter Geständnisse erpresst, die für die Verurteilung der Sowjetischen Militärtribunale ausreichten. Die unter Folter genannten Namen nutzte der NKWD um weitere Menschen zu verhaften.

Und doch gab es auch nicht wenige, die trotz der Gefahr, bewusst für ein freiheitliches und demokratisches Land einstanden und sich gegen die Sowjetisierung und Gleichschaltung in der SBZ und der späteren DDR auflehnten. Zu diesen mutigen Menschen gehörte Arno Esch. Der Rostocker Student der Rechtswissenschaft wurde im Oktober 1949 vom sowjetischen

Geheimdienst MGB verhaftet und bald darauf in das Untersuchungsgefängnis am Schweriner Demmlerplatz gebracht. Dort wurde Arno Esch am 20. Juli 1950 von einem Sowjetischen Militärtribunal wegen angeblicher Spionage und Bildung einer konterrevolutionären Organisation zum Tode verurteilt. Am 24. Juli 1951 wurde Arno Esch im Moskauer Butyrka-Gefängnis erschossen.

Dieses Schicksal teilte Arno Esch mit weiteren 150 Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern, die von Sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und in Moskau hingerichtet wurden.

Mit der Erforschung und Veröffentlichung der Biografien werden wir diese Menschen dem Vergessen entreißen und ihr Leben würdigen. Dies ist ein Projekt, welches unter Frau Drescher begonnen wurde und das ich sehr gern weiterführe. Für die Aufarbeitung der frühen Phase der Repression in der SBZ und der DDR im Norden waren insbesondere bedeutsam die Ausstellung „Verurteilt am Demmlerplatz – Sowjetische Militärtribunale in Mecklenburg und Vorpommern“ von 2000, das 2001 erschienene Buch „Haft am Demmlerplatz“ von Anne Drescher mit Interviews von Verurteilten des Sowjetischen Militärtribunals in Schwerin, die GULag-Ausstellung 2014 in Schwerin mit einem umfangreichen Begleitprogramm und 2 Tagungsbänden, die drei Ausgaben der Zeitschrift „GULag und Gedächtnis“ von 2020 bis 2022 und nicht zuletzt die Biografie zu Arno Esch von Natalja Jeske von 2021.

Zur kommunistischen und SED-Diktatur in der SBZ und der DDR ist seit Jahrzehnten viel geforscht worden, unzählige Bücher wurden veröffentlicht, gut gemachte Geschichtsdokumentationen im Fernsehen werden viel beachtet, die Lehrpläne in den Schulen sehen für alle Länder flächendeckend die Befassung mit beiden deutschen Diktaturen vor. Trotzdem dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, die Vermittlung von Geschichte zu verbessern. In einer Resolution vom Mai haben die Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die SED-Opferbeauftragte, Vertreter von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen und der Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands hier Verbesserungen gefordert.

Denn wir müssen leider feststellen, dass das Wissen insbesondere auch der jungen Generation zu beiden deutschen Diktaturen nicht ausreicht. Die Kenntnis der historischen Fakten und der Mechanismen von Diktaturen und ihre Auswirkungen auf das Leben der Menschen sind wichtig, um zu eigenen fundierten Urteilen zu kommen, um die richtigen Entscheidungen zu treffen, das Richtige zu tun. Wichtig ist auch die Vermittlung von philosophisch und religiös begründeten Werten, um den inneren Kompass zu stärken. Hier sind in erster Linie die Familien gefordert, aber auch Schule, Kirche, Sportgemeinschaft, Vereine.

Angesichts des Angriffskriegs, den Russland gegen die Ukraine führt, gewinnt die Kenntnis der russischen und sowjetischen Geschichte eine aktuelle Bedeutung. Putin benutzt eine Art Pseudohistorie, um seinen Krieg und seine Herrschaft zu legitimieren. Das ist keine neue Methode und hat gerade in Russland eine lange Tradition.

Für wie gefährlich die Verbreitung historischer Fakten in einer Diktatur gehalten wird, konnte man am Verbot der sowjetischen Zeitschrift Sputnik im November 1988 durch die DDR-Obrigkeit erfahren, als nämlich im Rahmen der

Transparenzpolitik von Gorbatschow, von Glasnost, in den Medien offen über die Verbrechen des stalinistischen Terrors in der Sowjetunion berichtet wurde. Ein Tabuthema, das auch in der DDR nicht komplett unter dem Deckel gehalten werden konnte und z.B. in literarischen Werken mehr oder weniger verschlüsselt dargestellt wurde. Dass damit so am Gründungsmythos auch der DDR gekratzt wurde, war für die SED[-Führung] nicht hinnehmbar.

Auch Putin hat kein Interesse daran, dass der russischen Bevölkerung die kommunistischen Verbrechen bekannt und bewusst sind, die unter dem Vorwand, eine bessere und gerechtere Gesellschaft zu errichten, begangen wurden.

Über Jahrzehnte hat die Gesellschaft Memorial in Russland unter mehr oder weniger schwierigen Bedingungen den stalinistischen Terror aufgearbeitet, den Millionen Verfolgten, Namen und mitunter auch Bild und Stimme zurückgegeben und auch bei der Aufklärung vieler deutscher Schicksale unterstützt. Ende 2021 hat Putin die Organisation über die von ihm gesteuerte Justiz verbieten lassen. Der Menschenrechtsorganisation Memorial wurde 2022 der Friedensnobelpreis verliehen. Viele Mitarbeiter sind seitdem emigriert, weil ihnen Verfolgung und Verhaftung drohte. Mittlerweile wird Stalin in Russland als der Sieger des Großen Vaterländischen Krieges wieder als Nationalheld stilisiert und mit dem Sieg von 1945 gegen Nazi-Deutschland Stimmung im Angriffskrieg gegen die Ukraine gegen ein angeblich faschistisches Regime gemacht.

Die Verklärung diktaturgeprägter Vergangenheiten gehört zum politischen Repertoire von Extremisten – auch in Deutschland.

Zu den Fakten der Geschichte, mit denen wir uns hier und heute auseinandersetzen sollten, gehört auch, dass Nazi-Deutschland einen verbrecherischen Vernichtungskrieg entfesselt hat und alles, was nach 1945 passiert ist, ohne diese Voraussetzung nicht entsprechend eingeordnet werden kann. Dazu gehört auch die vom NS-Regime propagierte Aufstellung von sogenannten Werwolf-Einheiten in den letzten Kriegswochen, die hinter den feindlichen Linien der Alliierten Anschläge und Sabotageakte ausführen sollten. Zu Aktionen ist es nur sehr vereinzelt gekommen. Die Besatzungsmächte – auch die westlichen – haben sich von der NS-Propaganda beeindrucken lassen und es herrschte eine gewisse Hysterie.

Wir wissen heute, dass kommunistische Repression seit ihrem Gründungsdokument, dem Beschluss des Rates der Volkskommissare vom 8. September 1918, der sogenannte Beschluss über den „Roten Terror“, von jeher blindwütig herrschte. In diesem Dokument der von Lenin angeführten Moskauer Revolutionsregierung ist die Rede davon – ich zitiere: „das Hinterland durch Terror zu sichern“ oder Zitat: „die Sowjetrepublik ist vor Klassenfeinden zu schützen, indem diese in Konzentrationslagern isoliert werden; alle Personen, die mit weißgardistischen Organisationen, Verschwörungen und Aufständen zu tun hatten, sind zu erschießen“. Für das Isolieren und Erschießen gibt es keine wirklichen Kriterien, keine Ermittlungen, kein Verfahren, keine Verteidigung, kein Schuldspruch: der bloße Verdacht reicht aus.

In dem Dokument ist von den Lagern die Rede, dem Archipel GULag, zu dem im weiteren Sinne auch die nach 1945 zum Teil in ehemaligen Konzentrationslagern errichteten Speziallager in Deutschland gehörten. Das

sind die Lager, in welchen auch die Malchower Jugendlichen unter furchtbaren Bedingungen inhaftiert waren.

Seinen Höhepunkt hatte der kommunistische Terror 1937/38 dann unter Stalin, der auch als Großer Terror oder Große Säuberung bezeichnet wurde. In diesem Zeitraum wurden mindestens 1,5 Millionen Menschen verhaftet, von denen etwa die Hälfte ermordet wurde. Alle anderen wurden für lange Jahre in die Straf- und Arbeitslager gesperrt, wo Zigtausende die schlimmen Bedingungen nicht überlebten. Darunter auch viele deutsche Kommunisten, die in die Sowjetunion als „das Vaterland der Werktätigen“ emigriert waren.

Andreas Petersen zufolge habe Stalin mehr KPD-Funktionäre umbringen lassen als Hitler. Der Terror richtete sich eben nicht gegen überführte Feinde, sondern war eine Abschreckungsmaßnahme mit Planerfüllung.

Der sowjet-kommunistische Terror richtete sich nach 1945 nun auch gegen die deutsche Zivilbevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone und auch der frühen DDR. Und er richtete sich auch gegen Jugendliche, die jüngsten ab 13 Jahre. Wie viele junge Menschen unter dem angeblichen Verdacht der Werwolf-Tätigkeit verhaftet wurden, wie viele von ihnen hingerichtet wurden oder an den Bedingungen der Haft starben, können wir nicht genau beziffern. Es sind Tausende. Allein bis Ende 1946 sind mindestens 6.000 Jugendliche in den Speziallagern inhaftiert worden.

Benno Prieß, der 1946 mit 18 Jahren in Bützow verhaftet wurde und 8 Jahre in Torgau, Bautzen, Sachsenhausen und Waldheim inhaftiert war, haben wir wichtige Erkenntnisse zu verdanken. In seinem Buch „Erschossen im Morgengrauen“ schildert er die Namen und Schicksale der von den Massenverhaftungen betroffenen Jugendlichen. Darunter sind aus Mecklenburg Jugendliche aus Güstrow, Bützow, Laage, Malchow, Parchim, Reinshagen, Penzlin, Dömitz, Loitz, Schönberg und Buchholz.

In Malchow wurden Ende 1945 und Anfang 1946 von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD 33 Jugendliche verhaftet. Sie wurden hier in der Villa Blanck und auch im Keller der NKWD-Dienststelle in Waren (Müritz) mit brutalen Methoden verhört. Unter Folter wurden Geständnisse erpresst, auf deren Grundlage sie in Waren und Güstrow verurteilt wurden.

Viele kamen über das NKWD-Gefängnis Nr. 5 Alt Strelitz in sowjetische Speziallager, wie das Speziallager Nr. 7 im ehemaligen KZ Sachsenhausen. Manche wurden auch danach noch in DDR-Gefängnissen wie Untermaßfeld oder Luckau weiter eingesperrt. Die Überlebenden wurden zwischen 1950 und 1954 entlassen. 13 Jugendliche überlebten die Haft nicht. Alle verhafteten Malchower Jugendlichen wurden vom Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation am 18. Oktober 1991 rehabilitiert.

Der kommunistische Terror wollte Menschen verschwinden lassen, sie auslöschen. Dass wir heute hier an die Namen der Malchower Jugendlichen und ihr Schicksal erinnern, damit zeigen wir auch, dass wir dieses menschenverachtende Regime überwunden haben. Dass es den Herrschenden nicht gelungen ist, ihre Verbrechen zu bemänteln und die Opfer in Vergessenheit geraten zu lassen.

Diesen wichtigen Beitrag für unser Gedenken leisten heute Jugendliche aus der Fleesenseeschule Malchow. Liebe Schülerinnen und Schüler, Ihr seid heute in einem ähnlichen Alter wie die Jugendlichen damals und es ist gut und wichtig,

dass Ihr Euch mit den Schicksalen dieser Menschen beschäftigt. Dafür danke ich Euch.

Es ist eine – wie ich finde – sehr gute Tradition, dass das Gedenken an die Malchower und anderen Jugendlichen eingebettet ist in das Malchower Volksfest. Es ist das Zeichen einer lebendigen Zivilgesellschaft, dass neben der festlichen Freude auch bittere Erfahrungen ihren Platz haben. 1989, vor nahezu 35 Jahren haben mutige Menschen in der DDR in einer Friedlichen Revolution Demokratie und Freiheit errungen und haben mit ihrer erst- und letztmals frei gewählten DDR-Regierung selbstbestimmt den Weg in die deutsche Einheit angetreten.

Jetzt erst war es möglich, die Tabus und das Schweigen zu brechen, die über den stalinistischen Terror gebreitet worden waren.

Auf Beschluss der Stadtvertretung Malchow wurde am 2. Juli 1998 vor der ehemaligen Blanckschen Villa ein Gedenkstein aufgestellt und 2011 mit einer Gedenktafel ergänzt. 2005 bereits haben Schülerinnen und Schüler des damaligen Fleesensee-Gymnasiums eine Broschüre erarbeitet: „Verschwiegene Geschichte. Die Werwolftragödie“, die 2011 noch einmal aufgelegt wurde. Es ist gut, dass sich die Stadt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger, die Jugendlichen als Stadt-Gesellschaft dieser Geschichte stellen. Dazu gehört auch ein religiöser Bezug, den Herr Pastor Kändler uns bieten wird.

Denn ich sagte bereits, dass wir für unser gesellschaftliches Zusammenleben Werte brauchen, sei es nach der Bibel, nach Immanuel Kant oder auch nach Artikel 1 Grundgesetz mit dem auch sprachlich so gelungenen Grundsatz: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Allein an der Beantwortung dieser Frage lässt sich der innere Kompass ausrichten.

Schon seit langem begleitet die Bundeswehr das Gedenken, sowohl musikalisch durch das Heeresmusikkorps Neubrandenburg, aber auch inhaltlich wie heute durch den Rede-Beitrag von Herrn Oberstleutnant Deckenbach von der Panzergrenadierbrigade 41 Vorpommern. Und bevor ich Ihnen jetzt das Wort übergebe, Herr Oberstleutnant, möchte ich betonen, wie froh ich bin, heute in einer freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung zu leben.

Mit der Erfahrung aus der Geschichte und vor allem auch mit Blick auf den von Putin entfesselten russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine können wir heute froh sein, dass nach der deutschen Einigung die sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR abgezogen sind und wir heute einem starken Verteidigungsbündnis – nämlich der NATO angehören genauso wie mit der EU einem europäischen Staatenbund, der nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Wertegemeinschaft ist.

Vielen Dank.

Herr Oberstleutnant, Sie haben das Wort.